



**GESCHÄFTSBERICHT
DES BUNDESVORSTANDES
DER VOLKSSOLIDARITÄT**

2024

Der Bundesvorstand berichtet alle zwei Jahre in einem Geschäftsbericht über Aktivitäten und Ergebnisse seiner Arbeit und legt damit Rechenschaft gegenüber den vielen Anspruchsgruppen des Verbandes ab, die durch Sie vertreten werden.

In der Regel erfolgt dies als Doppeljahres-Bericht, der von der Bundesdelegiertenversammlung als Geschäftsbericht des Bundesverbandes beschlossen wird.

Dieser Geschäftsbericht 2024 ist Teil der anstehenden Berichtes 2024 / 2025, der im November 2025 der Bundesdelegiertenversammlung vorgelegt wird.

Der Bericht dient als Tätigkeitbericht im Rahmen der Steuererklärung 2024.

Inhalt

1. Der Volkssolidarität Bundesverband e. V. im Jahr 2024	4
1.1 Der Bundesvorstand	4
1.2 Arbeitsschwerpunkte 2024	5
1.3 Wichtige Entscheidungen	7
1.4 Fachkommissionen und weitere Initiativen des Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle	7
1.4.1 Fachkommission Allgemeine Sozialpolitik	8
1.4.2 Fachkommission Gesundheits- und Pflegepolitik.....	8
1.4.3 Fachkommission Kinder-, Jugend und Familienpolitik	10
1.5 Weitere Arbeits- beziehungsweise Projektgruppen	12
1.6 Externe Arbeitsgruppen	12
2. Die Bundesgeschäftsstelle	14
2.1 Bundesgeschäftsführung.....	15
2.2 Arbeitsbereich Verbandsentwicklung.....	15
2.3 Arbeitsbereich Sozialpolitik	16
2.3.1 Sozialpolitische Aktivitäten	17
2.4 Arbeitsbereich Allgemeine Sozialpolitik.....	18
2.5 Arbeitsbereich Gesundheits- und Pflegepolitik	19
2.6 Arbeitsbereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik	21
2.7 Aufgaben der Teamleitung Sozialpolitik.....	22
2.8 Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	22
2.9 Arbeitsbereich Vorsorgeversicherungen.....	27
2.10 Veranstaltungen.....	27
3. Projekte	28
3.1. Projekt „Lasst uns drüber reden!“	28
4. Finanzierung	32
5. Impressum.....	33

Der Volkssolidarität Bundesverband e. V. im Jahr 2024

Der Bundesverband der Volkssolidarität wird von den sechs Landesverbänden und deren Mitgliedern gebildet. Sitz der Bundesgeschäftsstelle ist Berlin. Der Verband ist als Verein ausschließlich gemeinnützig tätig. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg unter dem Aktenzeichen VR-Nr. 10445 B eingetragen. Grundlage der Arbeit des Bundesverbandes sind die Satzung und weitere Grundsatzdokumente sowie Beschlüsse der Gremien in der Volkssolidarität.

Die Interessen seiner Mitglieder in sozialer, sozialpolitischer, sozialwirtschaftlicher und sozialkultureller Hinsicht zu vertreten und zu fördern, ist das satzungsgemäße Anliegen des Bundesverbandes. Im Berichtszeitraum wurden die gemeinsame Verbandstätigkeit koordiniert, fachliche Veranstaltungen sowie Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen organisiert, die Aufgabe der sozialpolitischen Interessenvertretung und Politikberatung wahrgenommen sowie die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlungen aus dem Jahre 2022 umgesetzt.

Das höchste beschlussfassende Organ des Bundesverbandes ist die Bundesdelegiertenversammlung (BDV). Delegierte und Gäste aus mehr als 85 Stadt-, Kreis- und Regionalverbänden und den sechs Landesverbänden nahmen am 29. November 2022 in Berlin an der Bundesdelegiertenversammlung teil. Sie verabschiedeten wichtige Beschlüsse als Grundlage und Orientierung für die zukünftige Entwicklung des Verbandes. Dazu gehörten:

- Begründung, Aussprache und Beschlussfassung zur Geschäfts- und Wahlordnung für die Bundesdelegiertenversammlungen der Volkssolidarität
- Begründung, Aussprache und Beschlussfassung zur Beitrags- und Finanzierungsordnung des Volkssolidarität Bundesverband e. V.
- Wahl der Präsidentin und des Bundesvorstandes für die Amtsperiode 2022 bis 2026
- Beauftragung zur Entwicklung einer Satzungsänderung und Beitragsordnung

1.1 Der Bundesvorstand

Im Zeitraum zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen wird der Verband durch den Bundesvorstand geführt. Dessen Mitglieder sind die Präsidentin der Volkssolidarität, die Vorsitzenden der Landesverbände sowie weitere acht stimmberechtigte Mitglieder, die ebenso wie die Verbandspräsidentin von der Bundesdelegiertenversammlung alle vier Jahre gewählt werden. Der Bundesvorstand wählt auf Vorschlag der Präsidentin aus seiner Mitte zwei Vizepräsidenten.

Mitglieder des Bundesvorstandes

- Susanna Karawanskij, Präsidentin der Volkssolidarität
- Dr. Uwe Klett, Vizepräsident des Volkssolidarität Bundesverband e. V. und stellvertretender Verbandsratsvorsitzender Volkssolidarität Berlin e. V.
- Christian Herrgott, Vizepräsident des Volkssolidarität Bundesverband e. V. und Vorstandsvorsitzender der Volkssolidarität Pößneck e. V.
- Brigitte Seifert, Vorsitzende der Volkssolidarität Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Nico Conrad, Vorstandsvorsitzender Volkssolidarität Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- Katharina Slanina, Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V.
- Dr. Herbert Burmeister, Verbandsratsvorsitzender Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V.
- Martina Richter, Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
- Karin Handorf, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
- Steffen C. Lemme, Vorstandsvorsitzender der Volkssolidarität Landesverband Sachsen e. V.
- Andreas Lasseck, Landesverband Sachsen e. V. und Vorsitzender Volkssolidarität Chemnitz e. V.
- Andreas Junghanns, stellvertretender Vorstandsvorsitzender Volkssolidarität Landesverband Sachsen e. V.
- Susanne Buss, Vorstandsvorsitzende der Volkssolidarität Berlin e. V.
- Matthias Wilfroth, Vorstand Volkssolidarität Landesverband Thüringen e. V.

1.2 Arbeitsschwerpunkte 2024

Der Bundesvorstand führt in der Regel in einem Rhythmus von sechs Wochen seine Sitzungen durch, die Beratungen fanden in Präsenz, rotierend in den Landesverbänden statt und wurden kombiniert mit der Besichtigung von Leistungsangeboten in den Ländern und dem Austausch interessiert Vorstände und Geschäftsführungen. Die Arbeitsgrundlagen des Gremiums sind die Satzung und die weiteren Grundsatzdokumente wie die Geschäftsordnung des Bundesvorstandes der Volkssolidarität sowie die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung.

Im Berichtszeitraum waren 10 Sitzungen vorgesehen und eine Bundesdelegiertenversammlung, die abgesagt wurde. Im Jahr 2024 orientierte sich das Wirken des Vorstandes an den verbands- und sozialpolitischen Beschlüssen und Dokumenten der Bundesdelegiertenversammlungen 2022. Grundsätzlich galt es für alle Beteiligten die Arbeit des Bundesverbandes in einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen allen Gliederungen voranzubringen. Auf Vorstandsebene ging dies unter anderem mit einem Fokus auf die sozialpolitischen Schwerpunkte in den Feldern Pflege, Kindertageseinrichtungen und Rente aber auch zu Fragen der Geschäftsfeldentwicklung für den Bundesverband.

Weitere Themen der Vorstandssitzungen waren:

- Aufgaben und strategische Ausrichtung des Bundesverbandes sowie die wirtschaftliche Stabilität der Bundesgeschäftsstelle
- Weiterentwicklung der Satzung und der Beitragsordnung des Volkssolidarität Bundesverband e. V.
- Statusberichte der Arbeitsgruppen „Finanzierung“ und „Neustrukturierung Bundesvorstand“
- Organisatorische und personelle Weiterentwicklung des Bundesverbandes
- Start des ESF-geförderten Projekts „Lasst uns drüber reden!“
- Weiterentwicklung der sozialpolitischen Interessenvertretung und Politikberatung für die Gliederungen des Bundesverbandes
- Weiterentwicklung von Regionaldialogen mit Landesverbänden und weiteren Gliederungen zu Engagement, Kooperationen und Geschäftsfeldentwicklungen
- Ausbau des Angebots des VS-Shops
- Vorbereitung und Durchführung von Fachtagen sowie des Verbandstages 2024
- Vorbereitung und Absage der Bundesdelegiertenversammlung 2024
- Planung sozialpolitischer Aktivitäten im Zusammenhang mit der Europawahl sowie Maßnahmen zu den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen
- Strategische Planung zur Neugestaltung von Signet und Wortbildmarke der Volkssolidarität
- Planung der Kampagne zum 80-jährigen Jubiläum der Volkssolidarität
- Mitarbeit des Bundesverbandes in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW)
- Vorbereitung der Aktivitäten zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag 2025

Die aktuellen Entwicklungen im Bundesverband und in den Landesverbänden waren regelmäßiger Beratungsgegenstand der Vorstandssitzungen und der Beratungen der Landesvorsitzenden mit der Bundesgeschäftsführung. Darüber hinaus wurden die Jahresarbeitsplanung und Jahreshaushaltsplanung des Bundesverbandes und seiner Geschäftsstelle für das Jahr 2025 beraten und beschlossen. Wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit war die Beratung zur Strukturänderung des Bundesverbandes und der Planung zur Einführung eines hauptamtlichen Vorstandsmodells.

Der Bundesvorstand tagte in dieser Periode stets an wechselnden Standorten, damit wurden auch die Besuche der Präsidentin und des Bundesgeschäftsführers in den Gliederungen zum wechselseitigen Kennenlernen eine wichtige Aufgabe.

1.3 Wichtige Entscheidungen

- „Unvereinbarkeitsbeschluss“ des Bundesvorstandes der Volkssolidarität vom 22. März 2024, der sich gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, demokratie- und menschenfeindlichen Ideologien positioniert:
https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.pressdownload/2024/08/24/240530_BV_Unvereinbarkeitserkl%C3%A4rung_final.pdf
- Beschluss des „Forderungspapier für eine Zukunft der Horte in Trägerschaft der Kinder- und Jugendhilfe“ vom 22. März 2024:
https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.contribution/2024/05/552/downloads/2024-05-30_Horte_st%C3%A4rken.pdf
- Beschluss eines Positionspapiers für die Europawahl 2024 vom 22. März 2024:
https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.contribution/2024/04/542/downloads/Volkssolidarit%C3%A4t_zur_Europawahl_2024.pdf
- Beschluss eines Forderungspapiers zur Leiharbeit in der Pflege vom 24. Mai 2024
- Beschluss über Teilnahme und Mitarbeit des Bundesverbandes der Volkssolidarität an der Initiative „ZukunftKitaOst“ gemeinsam mit AWO Bundesverband und ASB Deutschland vom 5. Juli 2024:
https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.contribution/2024/10/597/downloads/Gemeinsame_Position_Initiative_ZukunftKitaOst.pdf
- Beschluss für die Absage der Bundesdelegiertenversammlung 2024 und Verschiebung auf das Jahr 2025
- Beschluss zur Festlegung der Mitgliedsbeiträge der sechs Landesverbände zur Finanzierung des Bundesverbandes 2025 vom 13. Dezember 2024
- Beschluss der Forderungen zur Bundestagswahl 2025 vom 13. Dezember 2024:
<https://www.volkssolidaritaet.de/beitraege/sozialpolitik-forderungen-der-volkssolidaritaet-zur-bundestagswahl-2025/>

1.4 Fachkommissionen und weitere Initiativen des Bundesvorstandes und der Bundesgeschäftsstelle

Der Bundesvorstand hat gemäß § 9 Abs. 3 der Satzung der Volkssolidarität Bundesverband e. V. Gremien für die fachliche Beratung und Unterstützung seiner Arbeit gebildet. Dazu gehören Fachkommissionen, die der Bundesgeschäftsstelle angegliedert sind.

Fachkommission	Leiter/-in
Allgemeine Sozialpolitik	Holger Weidauer
Gesundheits- und Pflegepolitik	Marlene Mann
Kinder-, Jugend- und Familienpolitik	Dr. Sophie Koch

1.4.1 Fachkommission Allgemeine Sozialpolitik

Die Mitglieder der Fachkommission kamen im Jahr 2024 zweimal zu einer Beratung zusammen. Auf der ersten Sitzung am 15.02.2024 wurden Vorschläge für die Themen des Fachtages 2024, der in Wandlitz stattfand, formuliert: „Die Organisation und Finanzierung der Altenpflege im ländlichen Raum – Wie kann sie gelingen, und warum kann sie auch scheitern?“ Weiter in der Diskussion blieb das Thema Arbeitsweise, Inhalt und Struktur der Fachkommission. Inhaltlich wurde ein Konzept zur Stärkung der Sozialversicherungen sowie ein Positionspapier der Volkssolidarität zur Wohnungs- und Mietenpolitik (darin enthalten das Thema Neue Wohnungsgemeinnützigkeit) besprochen. Ein weiteres Thema war, wie auf das Wirken der politischen Rechte und des Rechtspopulismus reagiert werden kann und wie Vereine sich gegen Bedrohungen wehren können. Zuletzt diskutierte und formulierte die Kommission sozialpolitische Forderungen der Volkssolidarität zur Bundestagswahl 2025 und an eine künftige Bundesregierung.

Die Protokolle und Einladungen von den Sitzungen der Kommission können in der Bundesgeschäftsstelle eingesehen werden.

1.4.2 Fachkommission Gesundheits- und Pflegepolitik

Die Fachkommission arbeitet seit Juli 2023 als Gremium unter der Leitung des Fachreferats Gesundheits- und Pflegepolitik auf der Organisationsebene des Bundesverbandes. Die Mitglieder sind Geschäftsführungen, Bereichs- und Einrichtungsleitungen oder weitere Mitarbeiter*innen aus dem Bereich Qualitätsmanagement und von Stabstellen der Volkssolidarität und bringen ihre vielfältigen Erfahrungen aus Praxis und Politik in den Austausch ein. Die Mitglieder werden aus den Landesverbänden entsandt.

Aufgaben

Im Mittelpunkt stehen die Belange von pflegebedürftigen Menschen in Deutschland mit dem Schwerpunkt Ostdeutschland. Die Fachkommission greift sowohl Themen der ambulanten als auch der stationären und teilstationären Versorgung auf und stellt sich den Fragen der Finanzierung und Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung, sozialer Gerechtigkeit und der Fachkräftesicherung. Die Mitglieder nutzen das Gremium, um sich über Entwicklungen und Probleme, Erfolge, neue Arbeitsweisen und Ansätze auszutauschen, diese Erfahrungen in Positionen und sozialpolitische Forderungen des Bundesverbandes zu übersetzen und neue Erkenntnisse von der Bundesebene in ihre Landesverbände zu tragen. Im Fokus stehen hauptsächlich aktuelle pflegepolitische, aber auch gesundheitspolitische Themen und Fragestellungen.

Arbeitsweise

Die Mitglieder der Fachkommission treffen sich viermal im Jahr, in der Regel in der Bundesgeschäftsstelle der Volkssolidarität in Berlin sowie bei Gelegenheit an einem anderen Ort. Dies können Wirkungsstätten der Mitglieder der Fachkommission sein oder andere Orte innerhalb des Verbandes, die sich für Pflege- und Gesundheitspolitik engagieren. Alle Sitzungen der Fachkommission werden hybrid organisiert, sodass die Teilnahme auch jenen Mitgliedern ermöglicht wird, die aufgrund kurzfristiger ortsgebundener Termine (z.B. Qualitätsprüfungen) nicht in Präsenz teilnehmen können. Bei akuten Themen tagt die Fachkommission interessengeleitet in digitalen Ad-hoc-Gruppen.

Ziele

Ziel ist es, gemeinsam starke Positionen der Volkssolidarität im Interesse pflegebedürftiger Menschen und ihrer An- und Zugehörigen aus der Perspektive eines ostdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsverbandes mit Trägerverantwortung zu entwickeln. Den Mitgliedern der Fachkommission ist es ein besonderes Anliegen, dass die Volkssolidarität in ihrer vielfältigen Arbeit für pflegebedürftige Menschen und ihre An- und Zugehörigen auf Bundesebene wahrgenommen und als kompetente Ansprechpartnerin in pflege- und gesundheitspolitischen Fragen zu diesem Thema ernst genommen wird. Gleichzeitig wollen wir den Austausch innerhalb der Volkssolidarität fördern, Erfahrungen und Wissen teilen und ein gemeinsames Profil der Volkssolidarität als Trägerin von ambulanten, stationären und teilstationären Einrichtungen für pflegebedürftige Menschen schärfen. In Fachtagungen, Workshops, Handreichungen und Strategiepapieren erarbeiten wir dafür gemeinsam Grundlagen.

Im Jahr 2024 setzte die Fachkommission Gesundheits- und Pflegepolitik ihre Arbeit mit dem Schwerpunkt auf die Herausforderungen der pflegerischen Versorgung und die Zukunftssicherung der Pflege fort. Neben dem regelmäßigen Austausch über Entwicklungen in den Ländern standen insbesondere die Themen Fachkräftemangel, Finanzierung der Pflege, Fachkräftegewinnung und -bindung sowie die zunehmende Ambulantisierung von Versorgungsstrukturen im Mittelpunkt. Die Mitglieder berichteten über die Auswirkungen steigender Personal- und Sachkosten, schwierige Vergütungsverhandlungen mit Kostenträgern sowie die Belastungen durch Leasingkräfte und unzureichende Refinanzierung. Darüber hinaus wurden Lösungsansätze zur Personalgewinnung, Qualifizierung und Digitalisierung diskutiert.

Die Fachkommission begleitete die Aktivitäten des Bundesverbandes zur solidarischen Pflegevollversicherung und brachte ihre Praxiserfahrungen in die Debatte um die nachhaltige Finanzierung der Pflege ein. Ebenso befasste sie sich mit den Auswirkungen des Pflegekompetenzgesetzes, der Telematikinfrastruktur sowie mit den Chancen digitaler Angebote für pflegende An- und Zugehörige. Die Weiterentwicklung der App „VS PflegeNetz“ wurde regelmäßig begleitet.

In den Sitzungen des Jahres 2024 befasste sich die Fachkommission neben den Berichten des Bundes und der Länder insbesondere mit folgenden Themen:

- Pflegevollversicherung und nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung
- Fachkräftemangel, Fachkräftegewinnung und Mitarbeiterbindung in der Pflege
- Regulierung und Einsatz von Leasingkräften sowie alternative Personalmodelle
- Finanzierung stationärer und ambulanter Pflegeangebote sowie steigende Eigenanteile
- Ambulantisierung und Strukturwandel in der pflegerischen Versorgung
- Pflegekompetenzgesetz und Telematikinfrastruktur
- Digitalisierung und die Entwicklung der App „VS PflegeNetz“ für pflegende An- und Zugehörige
- Demografie, Teilhabe und Versorgungssicherheit in ländlichen Regionen
- Pflegepolitische Forderungen des Verbandes zur Bundestagswahl 2025

1.4.3 Fachkommission Kinder-, Jugend und Familienpolitik

Die Fachkommission arbeitet seit August 2023 als Gremium unter der Leitung Fachreferats Kinder-, Jugend- und Familienpolitik auf der Organisationsebene des Bundesverbandes. Die Mitglieder sind Geschäftsführungen, Bereichs- und Einrichtungsleitungen der Volkssolidarität oder sozialpolitisch engagierte Ehrenamtliche und bringen ihre vielfältigen Erfahrungen aus Praxis und Politik in den Austausch ein. Die Mitglieder werden von den Landesverbänden benannt und entsandt.

Aufgaben

Im Mittelpunkt stehen die Belange von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland mit dem Schwerpunkt Ostdeutschland. Dies betrifft die großen gesellschaftlichen Linien zu Chancengerechtigkeit, Teilhabe und Armutsbekämpfung ebenso wie Fragen der Finanzierung, der Arbeitsbedingungen und der Qualität der Kinder- und Jugendhilfe. Die Mitglieder nutzen das Gremium, um sich über Herausforderungen, Erfolge, neue Arbeitsweisen und Ansätze auszutauschen, diese Erfahrungen in Positionen und sozialpolitische Forderungen des Bundesverbandes zu übersetzen und neue Erkenntnisse von der Bundesebene in ihre Landesverbände zu tragen. Im Fokus stehen aktuelle kinder-, jugend- und familienpolitische Themen und Fragestellungen (z.B. Kita-Qualitätsgesetz, Bekämpfung von Kinderarmut, Inklusion, Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe, Demografie, Fachkräftemangel etc.)

Arbeitsweise

Die Mitglieder der Fachkommission treffen sich viermal im Jahr, in der Regel in der Bundesgeschäftsstelle der Volkssolidarität in Berlin, mindestens einmal im Jahr an einem anderen Ort. Dies können Wirkungsstätten der Mitglieder der Fachkommission sein oder andere Orte innerhalb des Verbandes, die sich für Kinder, Jugendliche und Familien engagieren. Bei akuten Themen tagt die Fachkommission interessengeleitet in digitalen Ad-hoc-Gruppen.

Ziele

Ziel ist es, gemeinsam starke Positionen der Volkssolidarität im Interesse junger Menschen und ihrer Familien aus der Perspektive eines ostdeutschen Sozial- und Wohlfahrtsverbandes mit Trägerverantwortung zu entwickeln. Den Mitgliedern der Fachkommission ist es ein besonderes Anliegen, dass die Volkssolidarität in ihrer vielfältigen Arbeit für Kinder, Jugendliche und Familien auf Bundesebene wahrgenommen und als kompetente Ansprechpartnerin in sozialpolitischen Fragen zu diesem Thema ernst genommen wird. Gleichzeitig wollen wir daran arbeiten, gemeinsame pädagogische Leitlinien für die Kinder- und Jugendhilfe der Volkssolidarität weiterzuentwickeln und ein gemeinsames Profil der Volkssolidarität als Trägerin von Einrichtungen für junge Menschen zu schärfen. In Fachtagungen, Workshops, Handreichungen und Strategiepapieren erarbeiten wir dafür gemeinsam Grundlagen.

Im Jahr 2024 umfasste die Fachkommission Kinder, Jugend und Familie insgesamt 14 Mitglieder aus allen 6 Landesverbänden.

In den vier Präsenz-Sitzungen des Jahres 2024 befasste sich die Fachkommission neben den Tätigkeitsberichten aus dem Bundesverband und aktuellen Entwicklungen aus den Bundesländern mit folgenden Themen:

- Vorstellung und Begleitung der Arbeit des am 01.01.2024 gestarteten ESF-Projektes „Lasst uns drüber reden!“ beim Bundesverband
- Auswirkungen des Rückgangs der Geburtenzahlen auf die Kindertagesbetreuung der Volkssolidarität
- Bedarfe einer inklusiven Kindertagesbetreuung
- Erarbeitung der Inhalte eines Forderungspapiers zur Zukunft der Horte (Fokus GaFöG)
- Erarbeitung der Inhalte eines Forderungspapiers zur ZukunftKitaOst (Fokus Demografie)
- Austausch über Entwicklungen bei der Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, Veröffentlichung der Bertelsmann-Stiftung zum Anstieg der Krankentage in der Kindertagesbetreuung (im Osten 5 Tage mehr als im Durchschnitt) und Entwicklungen beim Kita-Qualitätsgesetz
- Ausarbeitungen der Forderungen zur Bundestagswahl 2025 im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik
- Arbeiten mit Kita-Apps (Impuls durch Mitwirkende der Fachkommission)

Das Treffen der Fachkommission im Juni 2024 fand in der Kita „Strandläufer“ in Rostock-Warnemünde statt. Gastgeberin war die Volkssolidarität Region Rostock e.V.

Das Treffen der Fachkommission im November 2024 fand in der Kita „Schmidchen“ in Berlin statt. Gastgeberin war die Kinder und Jugend der Volkssolidarität Berlin gGmbH statt.

Die beiden weiteren Treffen fanden in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin statt.

1.5 Weitere Arbeits- beziehungsweise Projektgruppen

Arbeitsgruppe Satzung und Finanzierung

Der Bundesvorstand hat im Juli 2021 die Arbeitsgruppe Neustrukturierung Bundesvorstand ins Leben gerufen, als Ergebnis der Bundesdelegiertenversammlung 2020 und der gefassten Beschlusslage die Strukturen des Bundesvorstandes zu bewerten und alternative Vorschläge für die Bundesdelegiertenversammlung zu unterbreiten. Die Arbeitsgruppe wurde durch den Bundesvorstand in Arbeitsgruppe Satzung und Finanzierung des Bundesverbandes geändert, weiterhin verbunden mit dem Ziel eine neue Struktur und Finanzierung für den Bundesverband zu entwickeln. An der Arbeitsgruppe sind Vertreter*innen aller Landesverbände, sowie Bundesvorstandsmitglieder und die Bundesgeschäftsführung beteiligt. Zeitplan für eine beschlussreife Umsetzung von Vorschlägen war die geplante Bundesdelegiertenversammlung 2024.

Aufgrund technischer und inhaltlicher Herausforderungen bei der Neufassung der Satzung wurde die Bundesdelegiertenversammlung ins Jahr 2025 verschoben und die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in die Vorbereitung der Sitzung 2025 übernommen.

1.6 Externe Arbeitsgruppen

Der Bundesverband arbeitete im Berichtszeitraum in verschiedenen Gremien und Projekten anderer Verbände und Organisationen mit.

Paritätischer Gesamtverband

Die Präsidentin wurde in den Verbandsrat und in den Vorstand des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes gewählt. Die Präsidentin und der Bundesgeschäftsführer vertraten die Volkssolidarität in der Konferenz überregionaler Mitgliederorganisationen.

Bundesverband Hausnotruf

Dem Bundesverband Hausnotruf gehören, neben anderen gemeinnützigen Trägern und privaten Unternehmen, der Volkssolidarität Bundesverband e. V., der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. und die Volkssolidarität Hausnotruf VHN GmbH in Chemnitz an. Mitglieder des Verbandes sind grundsätzlich Organisationen oder Firmen mit Hausnotruf als Dienstleistung oder mit Hausnotrufzentralen. Der Verband repräsentiert mit über 90 Prozent aller Dienstleister in diesem Bereich die Branchenmehrheit und vertritt damit auch die Interessen der dortigen Wohlfahrtsverbände und Hilfsorganisationen. Die Mitgliedsorganisationen beteiligen sich an der gemeinsamen Gestaltung des Hausnotrufes in der Volkssolidarität und ermöglichen älteren und pflegebedürftigen Menschen, länger selbstbestimmt in der eigenen Umgebung zu leben. Ein Notrufsystem gewährleistet bei unerwarteten Ereignissen und in Notsituationen schnelle und umfassende Hilfe rund um die Uhr. Insgesamt nutzen rund 10.000 Menschen einen der Hausnotruf-Anbieter der Volkssolidarität.

Der Volkssolidarität Bundesverband vertritt im Bundesverband Hausnotruf die Interessen der Gliederungen und Einrichtungen der Volkssolidarität. Dazu fördert er die

Fachkommunikation und vertritt die Volkssolidarität-Gliederungen in Verhandlungen und Unterzeichnung von Verträgen mit dem GKV bzw. anderen Kostenträgern.

Übersicht Mitwirkung in externen Arbeitsgruppen, Fachgremien und Bündnissen 2024

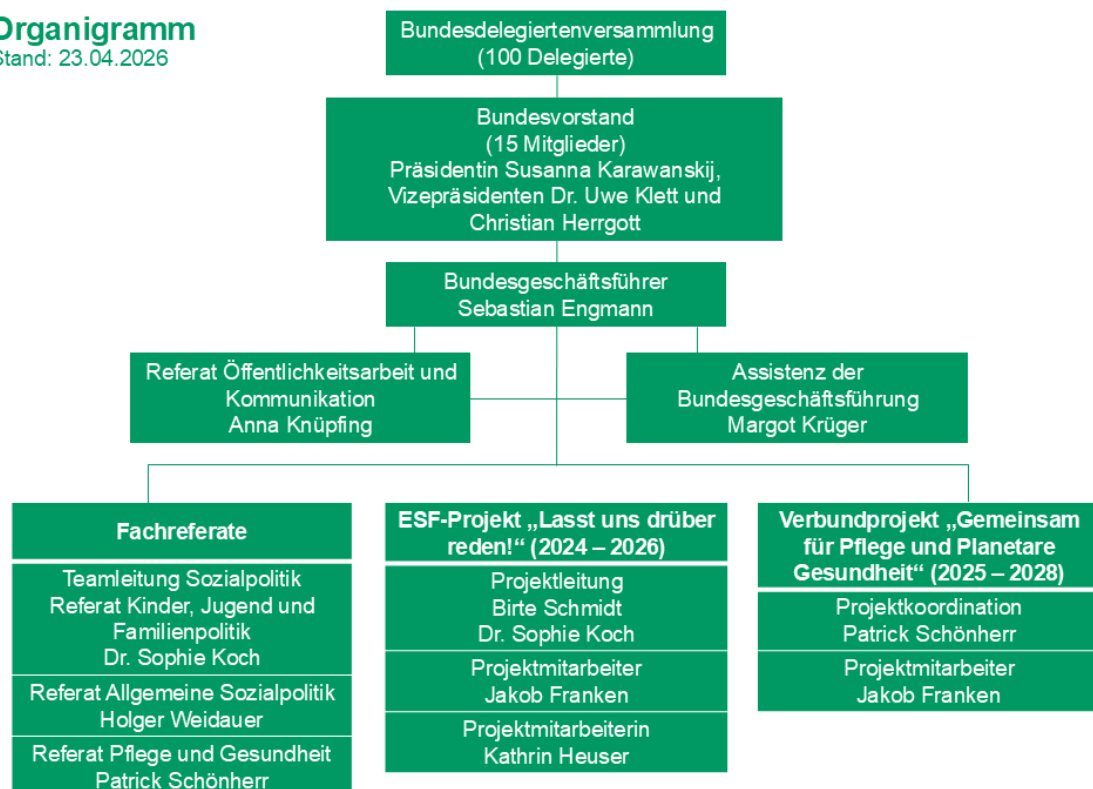
Die Referent*innen waren im Berichtszeitraum in den folgenden externen Arbeitsgruppen, Gremien und Bündnissen aktiv:

- Bündnis für die Junge Generation (seit 2023)
- Bündnis Kindergrundsicherung (seit 2018)
- Ratschlag Kinderarmut der Nationalen Armutskonferenz (seit 2020)
- Bündnis „Kita Weiterdenken – Initiative für Qualität in der Kindertagesbetreuung“ (AWO-Bundesverband, GEW, KTK/Caritas) (seit 2022)
- Arbeitskreis Familienpolitik des Deutschen Vereins (seit 2023)
- Arbeitsgruppe Familienförderung des Deutschen Vereins (seit 2023)
- Beirat des Bundesverbandes für Kindertagespflege (seit 2024)
- Arbeitskreis Kindertagesstätten des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Familienpolitik des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Jugendhilfe des Paritätischen Gesamtverbandes
- Arbeitskreis Ganztagsförderung des Paritätischen Gesamtverbandes (seit 2023)
- Netzwerk „ZukunftKitaOst“ (ASB, AWO, DRK) (seit 2023)
- Fachkommission „Aktuelle Fragen der Seniorenpolitik“ der BAGSO
- Grüner Gewerkschafts- und Sozialbeirat
- Bündnis für ein existenzsicherndes Existenzminimum
- Netzwerk „Gerechte Rente“
- Bündnis für eine solidarische Pflegevollversicherung
- Beratende Beteiligung am zweiten Symposium zur Erarbeitung des 7. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung
- Beratendes Mitglied im Bündnis „Bezahlbarer Wohnraum“ beim BMWSB
- Bündnis „Mietenstopp jetzt“
- Mietenpolitisches Rundtischgespräch (Gastgeberin: Fraktion/Gruppe DIE LINKE)
- Arbeitsgruppe Mobilität der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Fachkommission „Digitalisierung“ der BAGSO
- Bündnis „Zusammen für Demokratie“
- Beteiligung am Demokratiebündnis „Hand in Hand“ gegen Rechtsextremismus, Hass und Hetze gemeinsam mit 900 weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und Teilnahme an Großdemonstration

Die Bundesgeschäftsstelle

Organigramm Stand: 23.04.2026



https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.pressdownload/2023/02/14/20260106_BV_Organigramm_Bundesverband.pdf

Die Bundesgeschäftsstelle ist ein funktionales Organ des Bundesverbandes und handelt im Auftrag des Bundesvorstandes. Grundlagen für ihre Arbeit sind die Satzung, die Beschlüsse der Bundesdelegiertenversammlung sowie die Beschlüsse des Bundesvorstandes. Sie übernimmt im Auftrag des Bundesvorstandes Verwaltungs-, Service- und Beratungsaufgaben für den Bundesverband und seine Gliederungen. Dazu gehört auch, bei der Strategiebildung im Verband und in der verbandspolitischen Diskussion mitzuwirken sowie diese zu unterstützen, indem entsprechende Diskussionsmaterialien und Entwicklungskonzepte aber auch gemeinsame Austauschformate angeboten werden.

Ausgehend von den drei Hauptbereichen des Wirkens der Volkssolidarität – dem Mitgliederverband, der sozialpolitischen Interessenvertretung und den sozialen

Dienstleistungen – übernahm die Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum folgende Aufgaben:

- organisatorische und personelle Reform der Bundesgeschäftsstelle
- Kontakt zum Bundestag, zu Bundesministerien sowie zu Behörden, Institutionen und Vereinigungen auf Bundesebene
- Organisation und Durchführung der Bundesdelegiertenversammlung 2025
- Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Bundesvorstandes, der Beratungen der Fachkommissionen und der Veranstaltungen des Bundesverbandes
- Organisation von Fachkongressen, Foren, Erfahrungsaustauschen und Tagungen
- Erarbeitung und Herausgabe von Information und Arbeitsmaterialien
- Vorbereitung und Durchführung der Beratungen mit den Landesvorsitzenden
- Beantragung von Fördermitteln und Einwerbung von Spendengeldern
- Durchsetzung der Markenrechte im und für den Verband
- Weiterentwicklung der Website des Bundesverbandes und auf der Social-Media-Kanäle Facebook und Instagram

Der Bundesgeschäftsführer legte gemäß der Geschäftsordnung in den Sitzungen des Bundesvorstandes regelmäßig Rechenschaft über die Tätigkeit der Geschäftsstelle ab.

2.1 Bundesgeschäftsführung

Vom 1. Juni 2021 bis zum 30. September 2024 war Sebastian Wegner Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität. In dieser Zeit trieb er die organisatorische Weiterentwicklung und Neustrukturierung der Bundesgeschäftsstelle maßgeblich voran. Unter seiner Verantwortung konnte die finanzielle Situation des Bundesverbandes nachhaltig stabilisiert werden. Zudem wurden neue, tragfähige Projekte etabliert, die mit einem personellen Ausbau der Bundesgeschäftsstelle einhergingen. Insgesamt wurde die Wahrnehmung der Volkssolidarität als Sozial- und Wohlfahrtsverband gestärkt und ihre Positionierung weiter gefestigt.

Zum 1. Oktober 2024 übernahm der Vizepräsident der Volkssolidarität, Dr. Uwe Klett, die Interimsgeschäftsführung. Er führte die Bundesgeschäftsstelle erfolgreich durch die Übergangsphase und stellte die kontinuierliche Arbeitsfähigkeit des Bundesverbandes sicher. Seit dem 1. Juni 2025 ist Sebastian Engmann Bundesgeschäftsführer der Volkssolidarität.

Der Bundesgeschäftsführer war aktiver Teil der politischen und fachlichen Interessenvertretung der Sozial- und wohlfahrtsverbände auf bundesdeutscher Ebene. Er initiierte und nahm an Treffen, Sitzung oder Bündnissen unterschiedlicher Ausrichtung teil. 2024 setzte sich die Volkssolidarität mit einem Brandbrief für die Sicherung der Migrationsberatung ein, stärkte den Austausch mit dem Deutschen Roten Kreuz und förderte die internationale Fachkräftegewinnung. Gemeinsam mit anderen Sozialverbänden warnte die Volkssolidarität zudem vor Kürzungen im Bundeshaushalt 2025 und forderte eine verlässliche Finanzierung sozialer Sicherungssysteme.

2.2 Arbeitsbereich Verbandsentwicklung

Im Bereich Verbandsentwicklung erfüllte die Bundesgeschäftsstelle im Berichtsjahr 2024 wichtige Aufgaben für den Bundesverband sowie die Volkssolidarität als

Gesamtverband. Die zuständige Referentin Frauke Lenth war seit März 2023 in diesem Arbeitsbereich tätig und verantwortete beziehungsweise begleitete zahlreiche Projekte und Fördervorhaben zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit des Verbandes. Schwerpunkte ihrer Arbeit waren:

- Mitarbeit im ESF-Plus-geförderten Programm „rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft“, insbesondere in den Bereichen Administration, Projektabrechnung und Nachweisführung gegenüber den Fördermittelgebern.
- Fördermittelakquise für das Projekt „Digitale Teilhabe stärken: Modellprojekt für barrierefreie Apps in der Selbsthilfe“ des Paritätischen Gesamtverbandes.
- Projektmanagement für „Volkssolidarität PflegeNetz – App für pflegende An- und Zugehörige“. Ziel des Projekts ist die Unterstützung pflegender Angehöriger und nahestehender Personen durch eine digitale Plattform zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch sowie die Bereitstellung von Informationen und Angeboten der Volkssolidarität zur Erleichterung des Pflegealltags.
- Fördermittelakquise und Projektmanagement im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ für das Projekt „Chancenpatenschaften: Soziales Engagement für Chancengleichheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ im Förderjahr 2024.
- Fördermittelakquise für eine Antragstellung im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Förderjahr 2025.
- Vertretung der Volkssolidarität bei externen Fachveranstaltungen und Netzwerktreffen, unter anderem bei der Fachtagung „Ohne Netz und doppelten Boden“ des Zukunftsforum Familie e. V.

2.3 Arbeitsbereich Sozialpolitik

Die sozialpolitische Arbeit des Bundesverbandes wird von drei sozialpolitischen Referaten unter der Leitung einer Teamleitung koordiniert. Im Jahr 2024 waren die Funktionen der Teamleitung Sozialpolitik und des Referats Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in einer Stelle mit einem Umfang von 0,8 VZÄ gebündelt. Das Referat Grundsatzfragen der Sozialpolitik war ebenfalls mit 0,8 VZÄ ausgestattet. Das Referat Pflege und Gesundheit umfasste bis März 2024 einen Stellenumfang von 0,7 VZÄ, der anschließend auf 0,8 VZÄ erhöht wurde.

Verantwortliche sozialpolitische Referent*innen waren im Berichtszeitraum Holger Weidauer für den Arbeitsbereich „Grundsatzfragen der Sozialpolitik“, Dr.ⁱⁿ Sophie Koch für die „Kinder-, Jugend- und Familienpolitik“ sowie Marlene Mann für den Themenbereich „Gesundheits- und Pflegepolitik“. Teamleitung Sozialpolitik ist Sophie Koch. Schwerpunkte der Arbeit aller Referent*innen waren die inhaltlichen und konzeptionellen Grundlagen für die sozialpolitische Interessenvertretung als satzungsgemäße Aufgabe des Bundesverbandes.

Sozialpolitische Positionen

Grundlage der Sozialpolitischen Arbeit des Bundesverbandes im Jahr 2024 waren die „Sozialpolitischen Positionen der Volkssolidarität“ in der aktualisierten und überarbeiteten Fassung aus dem Jahr 2023. Die Positionen lagen in digitaler Form auf der Homepage des Bundesverbandes sowie in einer ausführlichen Langfassung (https://www.volkssolidaritaet.de/media/project.contribution/2023/07/437/downloads/2023-05-05_VS_BV_Sozialpolitische_Positionen_Langfassung_FINAL.pdf) und in einer kompakten Kurzfassung als Druckfassung vor.

2.3.1 Sozialpolitische Aktivitäten

Im Berichtszeitraum zeichneten unter anderem folgende Aktivitäten die sozialpolitische Interessenvertretung des Bundesverbandes der Volkssolidarität aus:

Aktivitäten im Bundestag

Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages (MdB)

- Dr. Markus Reichel (CDU, Mitglied in den Ausschüssen Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss Digitales)
- Ariane Fäscher (SPD, Mitglied SPD-Gruppe Ost)
- Caren Lay (Die Linke, Expertin für die Themen Wohnen und Bauen)
- Victor Perli (Die Linke)
- Dr. Ottilie Klein (CDU)
- Claudia Moll (SPD, Bevollmächtigte der Bundesregierung für Pflege)
- Dr. Gesine Löttsch (Die Linke)
- Kordula Schulz-Asche (B90 / Die Grünen)
- Hermann Gröhe (CDU)
- Sören Prellmann & Susanne Ferschl (Die Linke)

Am 30. Januar 2024 brachte die Volkssolidarität ihre Expertise beim 5. Gewerkschafts- und Sozialbeirat von Bündnis 90/Die Grünen im Paul-Löbe-Haus ein. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Transformation – soziale Herausforderungen in Ostdeutschland“, die von Stephanie Aeffner MdB moderiert wurde, stellte sie zentrale sozialpolitische Perspektiven und Handlungsbedarfe für die ostdeutschen Bundesländer vor.

Auf Grundlage ihrer Positionen zur Leiharbeit in der Pflege war die Volkssolidarität an einem politischen Austausch mit den Bundestagsabgeordneten Erich Irlstorfer und Sepp Müller von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geladen. Erörtert wurde ein entsprechendes Positionspapier der Fraktion. Dabei wurden sozialpolitische Herausforderungen und Lösungsansätze erörtert.

Als berufene Sachverständige der Gruppe Die Linke nahm die Volkssolidarität an einer Anhörung des Familienausschusses des Deutschen Bundestages teil. Gegenstand der Anhörung war der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen“, zu dem die Volkssolidarität ihre

fachliche Einschätzung mit spezifischer Perspektive auf die Herausforderungen in Ostdeutschland einbrachte.

Am 13. Mai 2024 stellte die Volkssolidarität bei einem Treffen der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion in einem Impulsvortrag ihre zentralen sozialpolitischen Ziele und Forderungen für Ostdeutschland vor und diskutierte diese mit den teilnehmenden Abgeordneten.

Im Juli 2024 fand ein Austauschtreffen der Bundesgeschäftsführung mit Bundesministerin Clara Geywitz statt. Im Mittelpunkt standen Fragen der Neuen Wohngemeinnützigkeit, des Wohnraums für Mitarbeitende sozialer Einrichtungen sowie des sozialen Wohnungsbaus.

Darüber hinaus beteiligte sich die Volkssolidarität an einem Fachgespräch des SPD-Parteivorstandes zum Thema „Familien stärken“. In dem Austausch mit der SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken wurden aktuelle familienpolitische Herausforderungen und Handlungsbedarfe diskutiert.

2.4 Arbeitsbereich Allgemeine Sozialpolitik

Verantwortlicher Referent für diesen Bereich war Holger Weidauer. Schwerpunkte seiner Tätigkeiten war die Erarbeitung der inhaltlichen und konzeptionellen Grundlagen für die sozialpolitische Interessenvertretung als satzungsgemäße Aufgabe des Bundesverbandes. Im Berichtszeitraum zeichneten unter anderem folgende Aktivitäten die allgemein sozialpolitische Interessenvertretung des Bundesverbandes der Volkssolidarität aus:

- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrags zur Teilnahme der Volkssolidarität und zum Inhalt des 2. Symposiums zum 7. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Januar 2024
- Erstellung der Pressemitteilung der Präsidentin und eines Beitrages zum Beschluss des Haushaltsicherungsgesetzes mit Neuregelungen zum SGB II (Leistungskürzung beim Bürgergeld), Februar 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Welttag der Sozialen Gerechtigkeit, Februar 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Rentenpaket II der Ampelregierung, März 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages über den Besuch bei MdB Victor Perli, Gespräch über Altenpflege Mindestlohn, Integrationsleistungen für Fachkräfte, März 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Internationalen Tag gegen Rassismus, März 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages über den Besuch bei Dr. Ottilie Klein, MdB, Gespräch über Leiharbeit in der Pflege, Verwaltungsaufwand, Tarifsteigerungen Pflegevollversicherung, April 2024

- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zur Kritik an sozialpolitischen Forderungen der FDP, April 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages zu den Europapolitischen Positionen zur Europawahl 2024, April 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum 1. Mai, April 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Tag der Befreiung, Mai 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages zum Besuch bei MdB Dr Gesine Löttsch, Tariftreuegesetz, Sozialkürzungen, ärztliche Versorgung auf dem Lande, institutionelle Förderung für Vereine und Verbände
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum 75. Jahrestag des Grundgesetzes, Mai 2024
- Erstellung eines Beitrages zum Besuch bei MdB, Herrmann Gröhe, Personalnot in der Pflege, Pflegevollversicherung, Erhalt technischer und sozialer Infrastruktur, Juni 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Welttag der Gerechtigkeit, Juli 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zur Kritik am Entwurf des Bundeshaushaltes 2025, Juli 2024
- Erstellung einer Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Novellierung des Bundesbaugesetzbuches, dazu Veröffentlichung eines Beitrages, Juli 2024
- Erstellung eines Beitrags zum Besuch bei den MdB Susanne Ferschl und Sören Pellmann. Themen waren Strukturprobleme in ländlichen Regionen, die Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaates, Stärkung der Gesundheitsversorgung und der Kinderbetreuung, September 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zum Tag der Deutschen Einheit, Oktober 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages „Volkssolidarität trifft Sozialwissenschaft“ über ein Projekt zur Armutsforschung, Oktober 2024
- Erstellung der Pressemitteilung und eines Beitrages zu der Forderung der Volkssolidarität, wichtige Gesetzesvorhaben zur Sicherung des Sozialstaates noch vor Neuwahlen zu beschließen, Dezember 2024
- Erstellung und Veröffentlichung eines Beitrages „Volkssolidarität trifft Sozialwissenschaft- Teil 2“ über das Projekt zur Armutsforschung des Max-Rubner-Instituts, Dezember 2024

2.5 Arbeitsbereich Gesundheits- und Pflegepolitik

Verantwortliche Referentin für diesen Bereich war im Berichtszeitraum 2024 Marlene Mann.

Schwerpunkte ihrer Tätigkeit waren die inhaltlichen und konzeptionellen Grundlagen für die sozialpolitische Interessenvertretung als satzungsgemäße Aufgabe des Bundesverbandes. Im Mittelpunkt standen die Zukunft der pflegerischen Versorgung, die nachhaltige Finanzierung der Pflege, die Fachkräftesicherung, die Verbesserung der

Rahmenbedingungen für pflegende An- und Zugehörige sowie die Vertretung der Interessen pflegebedürftiger Menschen gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

Im Berichtszeitraum zeichneten unter anderem folgende Aktivitäten die sozialpolitische Interessenvertretung des Bundesverbandes aus:

- Austausch mit dem Arbeitgeberverband Pflege zu aktuellen Herausforderungen der Pflegebranche sowie zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und der Arbeitsbedingungen in der Pflege.
- Veröffentlichung einer Stellungnahme zur Krankenhausreform mit Unterstützung des Transparenzverzeichnisses sowie der Forderung, die Pflege im weiteren Reformprozess stärker zu berücksichtigen.
- Forderungen nach verstärkten Investitionen in die Pflege und Maßnahmen zur Verringerung des Gender Care Gaps sowie zur besseren Unterstützung pflegender Angehöriger.
- Veröffentlichung von Beiträgen und Stellungnahmen zum Tag der älteren Generation und zum Weltgesundheitstag mit Forderungen nach gleichberechtigtem Zugang zu Gesundheitsversorgung und gesellschaftlicher Teilhabe unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Lebenssituation.
- Austausch mit Trägern und Fachakteur*innen zur internationalen Fachkräftegewinnung sowie zu den Chancen und Grenzen der Anwerbung ausländischer Fachkräfte für die Pflege.
- Unterstützung verschiedener Initiativen und Kampagnen zur Stärkung der Pflege, darunter die Unterstützung einer Petition für eine zukunftsfähige Pflegeversorgung sowie die Beteiligung an Forderungen nach kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Pflegeinfrastruktur.
- Anlässlich des Internationalen Tages der Pflegenden erneute Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, einer nachhaltigen Finanzierung der Pflege sowie einer stärkeren gesellschaftlichen Anerkennung professioneller und informeller Pflegearbeit.
- Beteiligung am Branchenaustausch zur Zukunft der Pflegewirtschaft sowie kontinuierliche Zusammenarbeit mit Verbänden, Wohlfahrtsorganisationen und politischen Entscheidungsträger*innen zur Weiterentwicklung der Pflegepolitik.
- Engagement für eine nachhaltige Pflegereform und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Der Bundesverband setzte sich dabei insbesondere für eine langfristig tragfähige Finanzierung der Pflege sowie für die Entlastung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen ein.
- Fortführung des Projektes „Volkssolidarität PflegeNetz“ zur Unterstützung pflegender An- und Zugehöriger. Die App wurde weiterentwickelt, erprobt und bundesweit vorgestellt. Ziel ist die niedrigschwellige Information, Vernetzung und gegenseitige Unterstützung von pflegenden Angehörigen. Die App wurde zudem im Verbandsmagazin des Paritätischen Gesamtverbandes vorgestellt.
- Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) und weiteren Partnerorganisationen zur Stärkung der Interessen älterer

Menschen und zur Förderung einer bedarfsgerechten Gesundheits- und Pflegeversorgung.

2.6 Arbeitsbereich Kinder-, Jugend- und Familienpolitik

- Aktivitäten im Bundestag
- Vor-/Nachbereitung und Leitung der Fachkommission Kinder, Jugend und Familie
- Stellungnahmen, Aktivitäten, PMs und Termine rund um Begleitung der Gesetzesinitiative der Bundesregierung zur Einführung einer Kindergrundsicherung
- Pressemitteilung zum Internationalen Frauentag
- Teilnahme als berufene Sachverständige für die Gruppe Die Linke am Familienausschuss des Bundestages; Gegenstand der Anhörung: Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion "Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen"
- Teilnahme am Verbändegespräch der Sachverständigenkommission zum 10. Familienbericht
- Teilnahme am Ganztagskongress des Bundesfamilienministeriums
- Bericht über Kinder- und Jugendhilfe aus der Perspektive Ost bei der „Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder und Jugend“ der Linken in Magdeburg am 20.4.2024
- Impulsvortrag beim 5. Gewerkschafts- und Sozialbeirat von Bündnis 90 / Die Grünen am 30. Januar 2024
- Impulsvortrag beim Treffen Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion am 15. Mai 2024
- Impuls beim Fachtag des Bundesforum Männer „Nachhaltige Männlichkeit“ zum Thema im Workshop „Armut“ mit dem Thema „Soziale Transformation und männliche Identität – Perspektiven aus Ostdeutschland“ am 15. Mai 2024
- Impulsvortrag beim digitalen #communityTALK des Bundesforums Familienzentren über Vernetzung zwischen Kindertagesbetreuung und Familienzentren am 28. Mai 2024
- Pressemitteilung zum Internationalen Kindertag „Horte stärken – Vielfalt bewahren“
- Erstellung eines gemeinsamen Forderungspapiers mit Paritätischem Landesverband Brandenburg mit der Forderung, den Hort als Element der ganztägigen Betreuung von Grundschulkindern zu bewahren
- Impulsvortrag beim Zivilgesellschaftlichen Dialog zum Ganztag des BMFSFJ am 4. Juni 2024
- Unterstützung der Kampagne „Jedes Kind zählt“ in der Organisationsgruppe einer breiten Allianz aus Politik, Praxis, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Elternvertretungen mit Forderungen für Qualitätsverbesserungen in der Kindertagesbetreuung
- Begleitung eines Besuches der Parlamentarischen Staatssekretärin Ekin Deligöz (BMFSFJ) in Familienzentrum und Hort der Volkssolidarität in Halle (Saale)

- Stellungnahme zum KiTa-Qualitätsgesetz 2024
- Pressemitteilung zum Internationalen Tag der Jugend
- Expertin beim Web-Talk der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel „Kurzfristige Reformen, langfristige Folgen – Geht es noch um die Kinder?“ am 27. August 2024
- Pressemitteilung zum Weltkindertag
- Kommentierung in Oktober-Ausgabe 2024 der Kita-Fachzeitschrift "Kindergarten heute" Ergebnisse der aktuellen Berechnungen der Bertelsmann Stiftung zu den Ausfallzeiten in der Kindertagesbetreuung
- Interview für Online-Ausgabe von MDR-Aktuell zum Thema Schließzeiten in der Kita
- Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Inklusiven Kinder- und Jugendhilfe
- Statement beim digitalen Fachgespräch der SPD-Kommission Bildung und der Programm-AG „Familien stärken“ zum Thema „Frühe Bildung als Grundlage für Bildungsgerechtigkeit, Familienalltag und Integration – Wie machen wir Kitas und Grundschulen fit für wachsende Herausforderungen?“
- Mitarbeit an der Erarbeitung der Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur „Familienförderung – Kommunale Infrastrukturen für Familien“ in der verantwortlichen Arbeitsgruppe
- Positionspapier der Initiative #ZukunftKitaOst gemeinsam mit AWO Bundesverband und ASB Deutschland mit Forderungen für Kindertagesbetreuung angesichts des demografischen Wandels
- vorbereitende Planung der Teilnahme der Volkssolidarität am Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag im Mai 2025 in Leipzig mit zwei Veranstaltungen in und einem gemeinsamen Messestand mit der Volkssolidarität Nordost e.V. und der Kinder und Jugend der Volkssolidarität Berlin gGmbH

2.7 Aufgaben der Teamleitung Sozialpolitik

Die Teamleitung Sozialpolitik koordinierte und steuerte die Arbeit der sozialpolitischen Referate des Bundesverbandes. Hierzu gehörte die regelmäßige Leitung der wöchentlich stattfindenden Teamsitzungen der sozialpolitischen Referate sowie ein wöchentlicher Jour fixe mit der Bundesgeschäftsführung zur Abstimmung aktueller fachlicher und strategischer Themen.

Darüber hinaus verantwortete die Teamleitung die organisatorische Begleitung und Koordination der sozialpolitischen Aktivitäten des Bundesverbandes in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Referaten. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Mitorganisation und Unterstützung des Fachreferats Pflege bei der Vorbereitung und Durchführung des Pflegefachtages in Wandlitz.

2.8 Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

Der Arbeitsbereich Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit erfüllt zentrale Service- und Unterstützungsaufgaben für den Bundesverband und die Gliederungen der Volkssolidarität. Ziel ist es, die öffentliche Wahrnehmung des Verbandes zu stärken,

seine sozialpolitischen Positionen sichtbar zu machen und eine zeitgemäße, zielgruppengerechte Kommunikation sicherzustellen. Verantwortliche Referentin für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum war Anna Knüpfing.

Zu den Aufgaben des Arbeitsbereichs gehörten die Konzeption, Planung, Organisation und Steuerung des öffentlichen Auftritts des Verbandes sowie die fachliche und organisatorische Unterstützung des Bundesvorstandes. Darüber hinaus wurden die Marke Volkssolidarität sowie das Kommunikationskonzept und das Corporate Design kontinuierlich weiterentwickelt. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Betreuung und Weiterentwicklung der digitalen Kommunikationskanäle, die Beratung der Verbandsgliederungen zu Internetauftritt und Social Media sowie die Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern. Zum Aufgabenbereich gehörten außerdem die Erstellung von Redebeiträgen, Gratulationen und Einladungen für die Präsidentin der Volkssolidarität sowie die kommunikative Begleitung verbandlicher Veranstaltungen und Termine.

Im Berichtszeitraum standen neben der kontinuierlichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit insbesondere die Vorbereitungen für das 80-jährige Jubiläum der Volkssolidarität im Jahr 2025 im Mittelpunkt. Hierzu gehörten die Planung und Konzeption von Jubiläumsveranstaltungen sowie die Entwicklung und Abstimmung eines Jubiläumslogos. Zudem wurden der Verbandstag vorbereitet und kommunikativ begleitet sowie die Weiterentwicklung des Kommunikationskonzeptes und des Corporate Designs vorangetrieben.

Die laufende Arbeit war darauf ausgerichtet, die Volkssolidarität mit ihren Leistungen, Angeboten und Positionen in der Öffentlichkeit noch sichtbarer zu machen, Transparenz zu fördern und die digitale Kommunikation auszubauen. Der Verband wurde im Berichtszeitraum von Medien regelmäßig als kompetenter Ansprechpartner für sozial- und gesellschaftspolitische Themen wahrgenommen. Tageszeitungen, Fachmedien, Hörfunk- und Fernsehsender sowie Online-Medien und soziale Netzwerke griffen Positionen, Forderungen und Stellungnahmen der Volkssolidarität auf. Die Medienresonanz lag dabei deutlich über dem Niveau des vorherigen Berichtszeitraums.

Diese Entwicklung ist insbesondere auf die verstärkte Presse- und Medienarbeit zurückzuführen. Dazu zählten die Erstellung und Verbreitung von Pressemitteilungen, die Organisation von Interviews und Stellungnahmen, der kontinuierliche Ausbau von Pressekontakten und Presseverteiltern sowie die Durchführung und kommunikative Begleitung zahlreicher Veranstaltungen. Besondere kommunikative Aufmerksamkeit erforderte der Wechsel in der Position des Bundesgeschäftsführers, der durch gezielte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet wurde. Darüber hinaus wurden Kundgebungen und Demonstrationen organisatorisch und kommunikativ begleitet. Gleichzeitig wurden neue Kommunikationsformate entwickelt und die Präsenz in den sozialen Netzwerken weiter ausgebaut.

Thematische Schwerpunkte der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit waren die sozialpolitischen Entwicklungen in den Bereichen Sozial-, Gesundheits-, Pflege-, Familien- und Rentenpolitik sowie Fragen der sozialen Entwicklung in Ostdeutschland.

Darüber hinaus standen Aktivitäten des Verbandes, die Weiterentwicklung digitaler Medien, die Nutzung sozialer Netzwerke, die Neugestaltung des VS-Shops, die Konzeption eines neuen Mitgliedsantrags sowie die Arbeiten an einem neuen Kommunikationskonzept und Corporate Design im Fokus.

Digitale Medien

Die Volkssolidarität informiert über ihre Website, den monatlichen Newsletter sowie ihre Social-Media-Kanäle über aktuelle Entwicklungen, Positionen und Aktivitäten des Verbandes. Die digitalen Medien werden kontinuierlich weiterentwickelt und an die Anforderungen moderner Verbandskommunikation angepasst.

Newsletter

Der Newsletter des Bundesverbandes erscheint monatlich und wird an rund 2.000 Abonnent*innen versendet. Er informiert über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen, Positionen und Forderungen der Volkssolidarität sowie über Aktivitäten des Gesamtverbandes. Ergänzt werden diese Inhalte durch Hinweise auf Veranstaltungen, Tagungen und weitere Veröffentlichungen.

<https://www.volkssolidaritaet.de/newsletter/>

Website

Die Website der Volkssolidarität wurde als zentrales Informations- und Kommunikationsmedium aktiv genutzt und kontinuierlich weiterentwickelt. Sie richtet sich an die im Kommunikationskonzept definierten Zielgruppen, darunter Mitglieder, ehrenamtlich Engagierte, Mitarbeitende, Menschen im Rentenalter, Armutsbetroffene, Familien, Kooperationspartnerinnen sowie Vertreterinnen aus Politik, Verwaltung und Medien.

<https://www.volkssolidaritaet.de/>

Der Bundesverband fungierte im Berichtszeitraum als Dienstleister für die Gliederungen hinsichtlich des gemeinsamen Internetauftritts und unterstützte diese bei der Nutzung und Weiterentwicklung der seit 2021 neu verfügbaren technischen und gestalterischen Plattform.

Soziale Netzwerke

Die Präsenz in den sozialen Netzwerken wurde im Berichtszeitraum weiter ausgebaut. Über Facebook und Instagram informierte der Bundesverband regelmäßig über aktuelle Themen, verbandliche Aktivitäten und sozialpolitische Positionen. Bis Februar 2025 wurde zudem der Kanal X genutzt. Die sozialen Medien dienten der Reichweitensteigerung, der Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen sowie der Beteiligung an gesellschafts- und sozialpolitischen Debatten.



Kooperationen und Netzwerkarbeit

Die Kommunikationsarbeit umfasste darüber hinaus die Zusammenarbeit mit Partnern aus Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie die fachliche und organisatorische Begleitung interner und externer Gremien. Die Volkssolidarität engagierte sich im Berichtszeitraum unter anderem in den Bündnissen „Zusammen für Demokratie“ und „Hand in Hand“ und setzte damit ein Zeichen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Werte.

Darüber hinaus beteiligte sich die Volkssolidarität am Projekt „Wir sind Parität“ (<https://www.wir-sind-paritaet.de/start>) des Paritätischen Gesamtverbandes und präsentierte dort die Vielfalt ihrer Angebote, Aktivitäten und ihres gesellschaftlichen Engagements. Die Mitarbeit in der Fachkommission Digitalisierung der BAGSO sowie in der Initiative Öffentlichkeitsarbeit Sachsen trug zudem zur fachlichen Vernetzung, zum Austausch bewährter Praxis und zur Weiterentwicklung gemeinsamer Kommunikationsstrategien bei.

Pressemitteilungen

Im Jahr 2024 wurden 32 Pressemitteilungen erstellt und versandt. Die Themen wurden darüber hinaus über die Social-Media-Kanäle sowie weitere Kommunikationskanäle des Verbandes verbreitet und kommunikativ begleitet. Die nachfolgenden Beispiele geben einen exemplarischen Einblick in die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes. Weitere Pressemitteilungen finden Sie unter www.volkssolidaritaet.de/pressemitteilungen.

01.02.2024 – Volkssolidarität kritisiert geplante 100-prozentige Kürzung des Bürgergeldregelsatzes

20.02.2024 – Zum Welttag der Sozialen Gerechtigkeit: Soziale Gerechtigkeit geht nicht mit Haushaltskürzungen, sondern mit Umverteilen von oben nach unten

26.02.2024 – Volkssolidarität unterstützt das Transparenzverzeichnis und fordert im Zuge der weiteren Krankenhausreform die Einbindung der Pflege

28.02.2024 – Volkssolidarität fordert Investitionen in Pflege und die Reduzierung des Gender Care Gaps

05.03.2024 – Das Rentenpaket II – nur ein Minimalprogramm und kein Aufbruch für eine armutsfeste Rente

06.03.2024 – Frauen im Fokus: Herausforderungen und Chancen in Zeiten von Krieg und Flucht

21.03.2024 – Volkssolidarität zum Internationalen Tag gegen Rassismus: Gemeinsam gegen Rechtsruck und Fremdenfeindlichkeit

21.03.2024 – Zusammen für Demokratie. Im Bund. Vor Ort. Für Alle.

02.04.2024 – Volkssolidarität zum Tag der älteren Generation

05.04.2024 – Volkssolidarität anlässlich des Weltgesundheitstages 2024: Gesundheit für alle unabhängig von verfügbaren Ressourcen und sozialer Herkunft

23.04.2024 – Wahlkampfmodus auf dem Rücken der sozial Benachteiligten beenden!

30.04.2024 – Volkssolidarität zum Ersten Mai: Weiterkämpfen für gerechte Löhne und gesellschaftlichen Zusammenhalt

08.05.2024 – Volkssolidarität zum Tag der Befreiung mahnt zu Gedenken und Frieden

22.05.2024 – Volkssolidarität würdigt 75 Jahre Grundgesetz

31.05.2024 – Horte stärken – Vielfalt bewahren!

06.06.2024 – Wirtschaft und Zivilgesellschaft fordern gemeinsam: Höchste Zeit für die Familienstartzeit!

11.06.2024 – Bundestagspetition der Kita-Kampagne „Jedes Kind zählt“ freigeschaltet

21.06.2024 – Demokratie schützen – Sozialstaat erhalten: Sozialverbände warnen vor Kürzungen im Bundeshaushalt

03.07.2024 – Koalition geht in die Sommerpause und vergisst die Kinder!

03.07.2024 – Bündnis für Gute Pflege fordert Sofortmaßnahmen der Bundesregierung zur Sicherung der Pflege

16.07.2024 – Volkssolidarität meldet sich zum Internationalen Tag der Gerechtigkeit zu Wort

17.07.2024 – Mut statt Stückwerk: Volkssolidarität fordert Systemwechsel hin zu einer echten Kindergrundsicherung

24.07.2024 – Volkssolidarität kritisiert verabschiedeten Bundeshaushalt: Schuldbremse lösen – Gerechtere Steuerpolitik einführen!

10.08.2024 – Daseinsvorsorge und Chancengerechtigkeit für junge Menschen in Ost und West: Volkssolidarität Bundesverband zum Internationalen Tag der Jugend

19.09.2024 – Zum Weltkindertag: Volkssolidarität fordert gezielte Maßnahmen zur Entlastung der Kita in Ostdeutschland

02.10.2024 – Volkssolidarität zum Tag der Deutschen Einheit – Noch immer bleibt viel zu tun – für gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West

16.10.2024 – Wechsel des Bundesgeschäftsführers der Volkssolidarität

17.10.2024 – Zum Tag der Volkssolidarität

30.10.2024 – Initiative #ZukunftKitaOst fordert gezielte Stärkung der Kindertagesbetreuung in Ostdeutschland

01.11.2024 – Volkssolidarität fordert nachhaltige Pflegereform

19.11.2024 – Eine Gesellschaft ist nur so stark wie ihre Kinder! Volkssolidarität zum Tag der Kinderrechte 2024

10.12.2024 – Wichtige Gesetzesvorhaben noch vor den Neuwahlen beschließen:
Volkssolidarität fordert von den demokratischen Parteien im Bundestag
Entscheidungen zur Stärkung des Sozialstaats.

2.9 Arbeitsbereich Vorsorgeversicherungen

Auch in 2024 betreuten und verwalteten die Sachbearbeiterinnen Heike Pöschel (bis 31.08.2024) und Carola Krause die zahlreichen Versicherungsverträge und erfüllten Dienstleistungen für die Versicherten, den Bundesverband und die Versicherungen.

In der Kooperation bieten die ERGO der Volkssolidarität zahlreiche Versicherungen als:

- Spezial-Rechtsschutzversicherung
- Wohngebäudeversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Hausratversicherung
- Kraftfahrzeugversicherung
- sowie eine serviceerweiterte Sterbegeld- und Unfallversicherung

Die Kooperation mit der ERGO bestand zuverlässig weiter. In der Zusammenarbeit wurde über die Ausweitung in neue Versicherungsbereiche nachgedacht.

2.10 Veranstaltungen

Die zuständigen Referent*innen organisierten im Berichtszeitraum folgende Fachtagungen der Volkssolidarität zu sozialpolitischen Themen und beteiligten sich an der Planung und Durchführung folgender Kooperationsveranstaltungen mit Partnerorganisationen:

- 16.01.2024: „Austausch mit dem Arbeitgeberverband Pflege“ zu aktuellen Entwicklungen der Pflegepolitik sowie zu den Rahmenbedingungen der Leistungserbringung und der Fachkräftesicherung
- 03.02.2024: Demonstration „Wir sind die Brandmauer“
- 05. bis 06.03.2024: Beteiligung am „Kongress Armut und Gesundheit 2024“
- 19.04.2024: „Verbandstag der Volkssolidarität“
- 23.04.2024: „Fachaustausch zur internationalen Fachkräftegewinnung in der Pflege“ mit Vertreter*innen aus Praxis, Verbänden und Politik
- 30.05.2024: Gemeinsame digitale Veranstaltung von Volkssolidarität und Paritätischem Gesamtverband in der Reihe „Kinder, Jugend und Familie“ zum Thema „Chance in der Krise – Demografische Entwicklung in den östlichen Bundesländern und die Auswirkungen auf die Kindertagesbetreuung“
- 25.06.2024: Teilnahme am „Branchenabend Zukunft der Pflegewirtschaft im Fokus“

- 17.07.2024: „Austausch mit dem Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO)“ zu den Interessen älterer Menschen sowie zu aktuellen gesundheits- und pflegepolitischen Entwicklungen
- 04.09.2024: „Pflegefachtag der Volkssolidarität: Demografie und Teilhabe – Herausforderungen und Lösungsansätze“ in Wandlitz

Über diese Veranstaltungen wurde öffentlichkeitswirksam berichtet.

Projekte

3.1. Projekt „Lasst uns drüber reden!“

Das Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung ist von hohem Krankenstand und Fachkräftebedarf betroffen. Besonders in ostdeutschen Bundesländern kommen Pädagog*innen durch den hohen Fachkraft-Kind-Schlüssel immer mehr an ihre Belastungsgrenzen. Herausfordernde Situationen und damit auch die Unzufriedenheiten der pädagogischen Fachkräfte im Alltag nehmen zu. In Kitas stellt sich immer häufiger die Frage, wie eine gesunde und nachhaltige Arbeitskultur erhalten bleiben kann ([vgl. Kita-Bericht 2022 des Paritätischen Gesamtverbandes](#); [vgl. Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2023](#)).

Das Projekt „Lasst uns drüber reden!“ des Volkssolidarität Bundesverband e. V. reagiert auf die Herausforderungen der Kindertagesbetreuung. Ziel des Projektes ist es, durch unterschiedliche Maßnahmen und individuelle Strategien eine vertrauensvolle Fehler- und Kommunikationskultur in den teilnehmenden Kita-Teams zu etablieren. Fehler zu erkennen und kinderschutzgefährdendes Verhalten anzusprechen sowie gemeinsam nach Handlungsalternativen zu suchen, stehen im Fokus der Teamentwicklung. Ein Kulturwandel soll durch entsprechende Methoden und strukturelle Veränderungen gemeinsam in Workshops erarbeitet werden. Darüber hinaus werden auf der digitalen Lernplattform verschiedene digitale Angebote zur Selbstevaluation, zur Fallbesprechung und zur Reflexion im Team bereitgestellt, die für Fehlverhalten und dessen Gründe sensibilisieren. Durch die Implementierung einer offenen und angstfreien Kommunikationskultur in den Teams sollen Veränderungsprozesse angeregt und eine nachhaltige Zusammenarbeit gefördert werden.

Das Projekt ist zum 01.01.2024 gestartet und wird im Rahmen des Programms "rückenwind³ für Vielfalt, Wandel und Zukunftsfähigkeit in der Sozialwirtschaft" durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) für drei Jahre gefördert. Für das Vorhaben werden zuwendungsfähige Gesamtausgaben in Höhe von rund 980.000 € veranschlagt. Die Finanzierung erfolgt zu 50 % durch Mittel des ESF+.

Fünf Mitarbeitende wirken im Jahr 2024 an der Umsetzung des Vorhabens mit:

Zum 16.01.2024 übernahm Birte Schmidt die Projektleitung mit einem Stellenumfang von 75 % VZÄ (32 Wochenstunden). Jakob Franken trat bereits zum 01.01.2024 als

Projektmitarbeiter mit einem Stellenumfang von 60 % VZÄ (24 Wochenstunden) in das Projekt ein.

Darüber hinaus stellte der Volkssolidarität Bundesverband Personalressourcen als Eigenmittel zur Verfügung: Sophie Koch übernahm zum 01.01.2024 einen Anteil von 25 % der Projektleitungsstelle (8 Wochenstunden). Frauke Lenth war ab dem 01.01.2024 mit einem Stellenanteil von 50 % (16 Wochenstunden) als Projektmitarbeiterin tätig. Carola Krause unterstützte das Projekt ebenfalls seit dem 01.01.2024 mit einem Stellenanteil von 50 % (20 Wochenstunden) in der Sachbearbeitung.

Das Projektteam begleitet im Rahmen des Projektes „Lasst uns drüber reden!“ folgende zwölf Kindertageseinrichtungen aus sechs verschiedenen Trägerschaften der Volkssolidarität in den Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen dabei, eine wertschätzende Arbeitsatmosphäre zu gestalten:

- [Kita "Abenteuerland" Tantow](#) (Volkssolidarität LV Brandenburg e.V., VB OHV-UM)
- [Kita "Regenbogenhaus" Gartz](#) (Volkssolidarität LV Brandenburg e.V., VB OHV-UM)
- [Kita "Sonnenschein" Gerwisch](#) (Volkssolidarität Kinder-, Jugend- und Familienwerk gGmbH)
- [Kita "Sonnenschein" Groß Börnecke](#) (Volkssolidarität Kinder-, Jugend- und Familienwerk gGmbH)
- [Kita "Abenteuerland" Spremberg](#) (Volkssolidarität LV Brandenburg e.V., VB Lausitz)
- [Kita "Vier Jahreszeiten" Cottbus](#) (Volkssolidarität LV Brandenburg e.V., VB Lausitz)
- [Kita "Gut Graunau" Halle / Saale](#) (Volkssolidarität Saale-Kyffhäuser e.V., Kinderland Halle gGmbH)
- [Kita "Am Moritzburggring" Halle / Saale](#) (Volkssolidarität Saale-Kyffhäuser e.V., Kinderland Halle gGmbH)
- [Kita "Knirpsenland I" Halle / Saale](#) (Volkssolidarität Saale-Kyffhäuser e.V., Kinderland Halle gGmbH)
- [Kita "Kienbergwichtel" Uhlstädt](#) (VS Kinder- und Jugendwerk Thüringen gGmbH)
- [Kita "Kleine Strolche" Marktgoelitz](#) (VS Kinder- und Jugendwerk Thüringen gGmbH)
- [Kita "Baumwollzwerge" Flöha](#) (Volkssolidarität Regionalverband Freiberg e.V.)

Aktivitäten im Projekt im Berichtszeitraum 2024

Besuche der teilnehmenden Kitas

Im Februar 2024 besuchen Jakob Franken und Birte Schmidt aus dem Projektteam die Kitas, um persönlich ins Gespräch mit den Leitungskräften und Trägervvertretungen über aktuelle Bedarfe in den Teams zu kommen und sich ein Bild von den Einrichtungen zu machen.

Kick-Off / Digitale Auftaktveranstaltung am 19.03.2024

Für die teilnehmenden Kitas und Interessierte aus dem Gesamtverband beginnt das Projekt mit dem „Kick-Off“ – einer digitalen Auftaktveranstaltung – am 19.03.2024. Die Teilnehmenden erhalten einen Einblick in Ziele, Meilensteine, Aufgaben und Teilnehmende am Projekt. Eine externe Rednerin gibt außerdem einen Impuls zum Thema „Neue Sicht auf Fehler“ und macht die Bedeutung von Fehlern für Lern- und Entwicklungsprozesse deutlich.

Gründung der Fachkommission „Kulturwandel“

Im März 2024 gründet sich die Fachkommission „Kulturwandel“, mit dem Ziel, Projekterkenntnisse für die Organisationsentwicklung und den Kulturwandel auf Gesamtverbandebene nutzbar zu machen. Vertreten ist das Projektteam, die Träger der teilnehmenden Kitas sowie „Kinder und Jugend der Volkssolidarität Berlin gGmbH“, „Stadtverband Leipzig e.V.“, Brigitte Seifert als Vorstandsmitglied und zwei externe Beraterinnen aus der Hochschule Zittau/Görlitz und der Fachhochschule Erfurt. Die Fachkommission findet digital im Umfang von 12 Stunden pro Jahr statt.

In den drei Sitzungen des Jahres 2024 befasste sich die Fachkommission mit der Erarbeitung des Curriculums, diskutierte die Bedeutung der Methode „Vertrauensteam“ und stellte aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen in den Kitas in den Kontext einer Strategie, um den Kulturwandel langfristig zu verankern.

Gründung der Leitungskommission

Zur Förderung des regelmäßigen Erfahrungsaustausches und des Wissenstransfers zwischen Leitungskräften im Projekt wird zusätzlich zur Fachkommission die Leitungskommission gegründet. Die digitalen Beratungssitzungen finden jährlich im Umfang von insgesamt 12 Stunden statt. In den zwei Sitzungen des Jahres 2024 werden Projektaktivitäten vorgestellt, Herausforderungen und Widerstände in den Teams thematisiert, Kollegiale Fallberatung geübt und Methoden zur Teamentwicklung vermittelt.

Erarbeitung des Curriculums

Das Projektteam erarbeitet im Jahr 2024 das [Curriculum](#), das die inhaltliche und methodische Grundlage des Projektes bildet und Qualifizierungsziele sowie Modulinhalte zur Konzipierung der vier Präsenz-Workshop für externe Referent*innen enthält.

Leistungsberatung am 25.06.2024

Ein eintägiger Workshop, der am 25. Juni 2024 in den Räumen der Volkssolidarität Berlin e.V. stattfindet, bringt 18 Kita-Leitungen und ihre Stellvertretungen aus vier Bundesländern zu einem Kennenlernen zusammen, um sich über Kulturwandel und Zukunftsvisionen für die eigene Einrichtung auszutauschen. In der Leistungsberatung werden die Teilnehmenden über die Meilensteine im Projekt in Kenntnis gesetzt und auf ihre Aufgaben als entscheidende Prozessbegleitung in der Entwicklung einer konstruktiven Fehler- und Kommunikationskultur vorbereitet.

Leitungsworkshop am 26. + 27.08.2024

Am 26. und 27. August 2024 findet ein zweitägiger Workshop zum Thema "Entwicklung einer Konstruktiven Fehler- und Kommunikationskultur" mit der Referentin Christiane Lange in Berlin statt, an dem 16 Leitungen und stellvertretende Leitungen der Projekt-Kitas teilnehmen.

Im Fokus des Workshops steht die Förderung einer konstruktiven Fehlerkultur sowie einer offenen und transparenten Kommunikationskultur innerhalb der Kita-Teams. Es erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit dem eigenen Führungsverhalten und Teamentwicklungsprozessen. Dabei werden individuelle Herausforderungen und die eigene Rolle als Leitungskraft für den angestrebten Kulturwandel ins Visier genommen.

Start der ersten Teamworkshops

Im Zeitraum von Oktober 2024 bis Februar 2025 finden die ersten Team-Workshops vor Ort in den Kitas statt. Im Rahmen des Projektes nimmt jede Kita an drei zweitägigen Workshops mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten teil. Der erste Workshop soll die Fachkräfte und Leitungen dafür sensibilisieren, wie sie im Team kommunizieren und wie mit verletzendem Verhalten gegenüber Kindern umgegangen wird. Die eigene Fehlerkultur steht im Fokus der Auseinandersetzung. Ziel ist es, eine Kultur des Hinschauens zu etablieren. Hierzu wird das Feedbackgeben und -nehmen geübt und gemeinsam mit den Dozierenden eine Methode zur Förderung der konstruktiven Kommunikation erarbeitet. Diese soll bis zum nächsten Workshop im Kita-Alltag erprobt werden.

Kita „Abenteuerland“ Tantow:	07.11. und 08.11.2024
Kita „Regenbogenhaus“:	24.11. und 25.10.2024
Kita "Sonnenschein" Gerwisch	30.10. und 01.11.2024
Kita "Sonnenschein" Groß-Boernecke	01.11. und 16.11.2024
Kita „Am Moritzburggring“	01.11. und 02.11.2024
Kita „Gut Granau“	22.11. und 23.11.2024
Kita „Kienbergwichtel“	29.11. und 30.11.2024
Kita „Kleine Strolche“	25.11. und 26.11.2024

Insgesamt nehmen 73 Mitarbeitende aus den Kitas am ersten Teamworkshop teil. Die Teamworkshops der restlichen vier Kitas finden Anfang des Jahres 2025 statt.

Veröffentlichung der Projektwebseite und Lernplattform

Die Webseite (<https://lasstunsdrueberreden.de/>) und die Lernplattform des Projektes sind im November 2024 online gegangen. Auf der Internetseite gibt es Informationen rund um das Projekt „Lasst uns drüber reden!“ und Materialien zum Download.

Zusätzlich gibt es eine digitale Lernplattform

(<https://app.lasstunsdrueberreden.de/login/index.php>) mit interaktiven Lerninhalten, Videoberatungen und Materialien. Neben dem Gastzugang, der für alle Interessierte offen ist, haben die Projektteilnehmenden einen internen Bereich, in dem sie auf ihre Workshop-Dokumentationen zugreifen können. Das Projektteam hat im November und Dezember verschiedene zweistündige Termine zur Einführung in die Lernplattform für die Kita-Teams durchgeführt. Daran haben insgesamt 77 Fach- und Leitungskräfte teilgenommen.

Finanzierung

Der Bundesverband der Volkssolidarität finanziert sich anteilig aus Mitgliedsbeiträgen sowie aus Zuwendungen und Erträgen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb und der Vermögensverwaltung.

Die Ausgaben der Bundesgeschäftsstelle wurden im Jahr 2024 auf der Grundlage der vom Bundesvorstand bestätigten Haushaltspläne zweckentsprechend und sparsam verwendet und konnten auf der Ausgabenseite durch die Bundesgeschäftsführung stabilisiert und teilweise auch reduziert werden.

Die Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2024 wurde von der Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und mit dem „Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers“ versehen. Damit wurde eine ordnungsgemäße Geschäftsführung testiert.

Mit Datum vom 17. März 2026 erhielt die Volkssolidarität Bundesverband e.V. den Freistellungsbescheid des Finanzamtes für Körperschaften I für das Jahr 2024.

Dieser Bescheid gilt nunmehr als Bestätigung der Gemeinnützigkeit des Bundesverbandes und berechtigt somit zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck.

Bilanz und GuV für 2024 (siehe Anlage)

Bilanz und GuV für 2024 (siehe Anlage)

Impressum

Herausgeber: Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Alte Schönhauser Straße 16, 10119 Berlin

ViSdP: Sebastian Engmann

Telefon: 030 /278970

E-Mail: bundesverband@volkssolidaritaet.de

Redaktion: Anna Knüpfing

Juni 2026